

## Rede im Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort!*



05.11.2014

### **André Kuper MdL,**

Bürgermeister a.D.

Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Top 3 am Mittwoch, ab ca.11.35 Uhr

**Willkommenskultur ausbauen und Kommunen unterstützen – NRW braucht ein breites Bündnis für Flüchtlinge (Drs. 16/7145)**

und zum Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Nachhaltige Hilfe für Flüchtlinge und Kommunen in Nordrhein-Westfalen sicherstellen

Anrede, gerade wir Deutschen wissen, welches menschliche Leid hinter jedem einzelnen Flüchtlingsschicksal steckt, denn wir haben es als Nation selbst erfahren. Daraus erwächst unsere besondere historische und humanitäre Verantwortung gegenüber Flüchtlingen.

Im Jahr 2013 haben 127.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt, das sind fast 30 Prozent aller in der EU gestellten Asylanträge. Für 2014 ist mit rund 200.000 Flüchtlingen zu rechnen, davon werden NRW bis zu 40.000 Menschen zugewiesen. Die Hilfsbereitschaft in Deutschland ist auch angesichts dieser hohen Zahlen weiterhin ungebrochen.

Der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen, unsere Kommunen, die Flüchtlingsorganisationen, die Verbände und auch die Kirchen und

Glaubensgemeinschaften sowie insbesondere die vielen Ehrenamtler leisten einen wichtigen humanitären Beitrag sowohl bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen als auch bei der Hilfe vor Ort.

Angesichts der unvorstellbaren Dimension der weltweiten Flüchtlingsproblematik und der dramatischen Lage der betroffenen Menschen sind die Bilder, die wir alle aus der Landeseinrichtung in Burbach seit gut einem Monat kennen, ein verheerendes Signal. Den Flüchtlingen wurde schlimmes angetan. Deshalb hat das Ansehen unseres Landes enorm gelitten! Laut aktuellen Medienberichten hat es schon lange vor Burbach in NRW-Flüchtlingsheimen Übergriffe von Wachleuten gegeben. Für einen Vorfall in Bad Berleburg hat ein Amtsgericht sogar schon eine Strafe verhängt.

NRW versagt schon bei Zahlen von rund 37.000 Flüchtlingen. In der Türkei gelingt es bei 1,6 Mio. Flüchtlingen (in 3 Jahren) eine gute humanitäre wie medizinische Hilfe mit sozialer und pädagogischer Betreuung nebst Sprachkursen zu leisten. (Unser Fraktionsmitglied Thomas Kufen konnte sich jüngst persönlich davon überzeugen.)

Gerade aus der besonderen Geschichte Deutschlands erwächst uns eine besondere Verantwortung, es ist die **Pflicht** aller handelnden Akteure, jederzeit menschenwürdige Verhältnisse

sicherzustellen! Die Misshandlungsvorwürfe stehen weiter im Raum und teilweise unhaltbare Zustände in den Flüchtlingsunterkünften.

Sehr geehrter Herr Innenminister Jäger, **Sie** haben Ihre Schutzpflicht für die Flüchtlinge verletzt. **Sie** haben Ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt und für dieses Organisationsverschulden einzustehen!

Und sehr geehrter Herr Innenminister, wir trauen Ihnen auch nicht zu, dass Sie diese Missstände und Organisationsmängel beseitigen.

Denn ohne die Berichterstattung über die Vorfälle in Burbach, blieben diese Zustände weiter im Dunkeln, denn nicht Ihr Haus oder die Bezirksregierungen haben die Missstände aufgedeckt. Erst durch die mediale Wahrnehmung wurde überhaupt das Problembewusstsein geschaffen. Ohne diese Berichterstattung würde doch alles weiter laufen, wie bislang. Sie haben sich unser Misstrauen durch Ihr Verhalten erarbeitet!

Wir glauben nicht, dass Sie zukünftig die Probleme in den Flüchtlingsunterkünften erkennen und beseitigen werden.

Dieses Misstrauen, die Probleme in den Flüchtlingsunterkünften zu lösen, ist wesentlicher Grund dafür, warum es keine gemeinsame

Resolution zu den Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels aus unserer Sicht geben kann.

Der Flüchtlingsgipfel war notwendig, um die Breite der aktuellen Probleme endlich in den Blick zu nehmen. Die dort getroffenen grundsätzlichen Vereinbarungen, die mit den Kirchen, den Verbänden und Kommunen gefunden wurden, werden auch weiterhin von uns mitgetragen. Aber diese Ergebnisse können nur ein erster Schritt sein, es müssen weitere Schritte folgen.

Auch Ihre heutige Resolution, sehr geehrte Damen und Herren der Regierung und der Fraktionen von SPD und Grünen, ersetzt kein Handeln! Der Worte sind genug gewechselt, lassen Sie nun Taten folgen.

Die CDU übernimmt Verantwortung in der Flüchtlingspolitik. Wir haben unsere Forderungen und Vorstellungen, was jetzt zu tun ist, vor dem Flüchtlingsgipfel erklärt und damit den Gipfel auch inhaltlich bestimmt – und unsere **weitergehenden** Forderungen haben auch weiter Bestand! Wir betonen ganz deutlich, dass wir die Vereinbarungen des Flüchtlingsgipfels grundsätzlich als ersten Schritt begrüßen, Sie sind aber **zu kurz gesprungen**.

Wir kündigen den Konsens nicht auf, wir erwarten nur jetzt endlich verantwortliches Regierungshandeln.

Es wurde genug gesprochen, die Probleme der Flüchtlinge, der Flüchtlingsunterkünfte und der Kommunen lassen sich nämlich nicht durch Landtagsbeschlüsse lösen, sondern durch Taten, Gesetzesänderungen und Umsetzung der Beschlüsse!

Hier tragen Sie, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin mit Ihrem Kabinett jetzt die Verantwortung. Ihnen obliegt die konkrete und finanzielle Umsetzung!

Wir wollen keinen Streit über Resolutionen oder Anträge auf dem Rücken der Flüchtlinge, wir fordern echte Verbesserungen der Situation der Flüchtlinge. Und dafür sind strukturelle Änderungen der Organisation und Kontrolle notwendig. Ein Innenminister, der die Zustände in den Landeseinrichtungen nicht wahrnehmen wollte oder mit der Situation überfordert ist, kann nicht die Instanz sein, die zukünftig die Kontrolle und Aufarbeitung der Vorfälle durchführt.

**Um es ganz klar zu sagen:**

**Wir halten den derzeitigen Innenminister für den Falschen, den Schutz und die Sicherheit der Flüchtlinge in den Einrichtungen des Landes zu gewährleisten. Herr Jäger – die Schonzeit für Sie ist abgelaufen!**

Für die CDU ist eine effektive Aufsicht erforderlich, die ein Heim-TÜV und eine Ombudsstelle in der Landesregierung leisten können.

Auch bei der Unterstützung der Hilfen für die Kommunen sind handfeste Lösungen notwendig. Lange hat der Innenminister sogar bestritten, dass es hier Probleme gibt.

Daher sind die jetzigen Ankündigungen zunächst hilfreich, aber auch hier warten wir auf die konkrete Umsetzung und auch hier sind weitere Verbesserungen notwendig, die wir Ihnen bereits vor langer Zeit vorgeschlagen haben: Wie kann es sein, dass die Pauschalen in diesem Jahr auf Basis der Zahlen von Ende 2012 bzw. des 1.1.2013 erfolgen – also mit gut 10.000 Flüchtlingen weniger? Hier muss bedarfsgerecht eine transparente Pauschale gezahlt werden! Und auch der Härtefallfonds für Gesundheitskosten ist ein erster Schritt – aber hier ist mehr nötig. Auch hier liegen unsere Vorschläge auf dem Tisch. Eine realistische Forderung an den Bund ist Teil unserer Idee, einer verbesserten Flüchtlingspolitik in NRW. Die Bereitschaft der Bundesregierung, hier aktiv zu werden ist richtig und wichtig, aber hier müssen realistische Forderungen erhoben werden und nicht solche, die weitgehend das Land lediglich aus der Verantwortung nehmen.

Die Dringlichkeit, dass es endlich an die Umsetzung der Beschlüsse des Gipfels geht und Verbesserungen auch Realität werden, zeigt der aktuelle Brandbrief der acht Bürgermeister aus Städten mit großen Flüchtlingsheimen. Die acht Städte und

Gemeinden Bad Berleburg, Burbach, Borgenteich; Hemer, Kerken, Rüther, Schöppingen und Wickede stellen sich der Herausforderung, rund 5000 Flüchtlinge aufzunehmen. Aber die Kommunen haben bei dieser Aufgabe auch aktuell keinesfalls das Gefühl vom Innenminister unterstützt zu werden.

Im Gegenteil, es fehlt immer noch, trotz der bekannten Vorkommnisse von Burbach, weiter an der Kommunikation zwischen Land und Kommunen. So wissen die Städte beispielsweise nicht mal wann die Flüchtlinge kommen, sie wissen nicht wie viele Flüchtlinge kommen! Sie wissen nicht, wie lange die Flüchtlinge in den Unterkünften bleiben! Wie kann bei einer solchen Informationslage und Organisation überhaupt noch die Versorgung gewährleistet werden?

Die Kommunen geben ihr Bestes, um die humanitäre Versorgung sicherzustellen, werden dabei aber vom Land im Stich gelassen.

Hier ist, trotz aller Beteuerungen des Innenministers, nichts besser geworden! Und das hat nichts mit aufwendigen Änderungen oder finanziellen Mitteln zu tun. Hier fehlt anscheinend bislang der Wille zu einer besser **organisierten** Flüchtlingspolitik. Herr Minister Jäger: Es reicht nicht aus Ihr Bestes zu geben!

Diese Landesregierung muss endlich davon wegkommen, die Flüchtlingsaufnahme lediglich als **Pflicht**aufgabe zu begreifen.

Der Konsens des Flüchtlingsgipfels kann ein erster Schritt sein. Wir messen Sie an konkreten Ergebnissen, nicht an Ihren Aussagen, Resolutionen oder Presseerklärungen. Wir werden Sie, Frau Ministerpräsidentin und Herr Innenminister, an Ihren Worten **und** Taten messen.